

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

18.1.1928 (No. 15)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abont, der als Kassenabont gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streit, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Fortsetzung der Länderkonferenz

Nach keine Beschlüsse
W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nahm heute vormittag 10 Uhr die Beratungen wieder auf, und zwar begannen sie sofort mit dem Referat über den dritten Punkt der Tagesordnung, der die Probleme der Verwaltungsreform umfaßt. Ursprünglich war in Aussicht genommen, daß man sich zunächst mit der angeforderten Verlautbarung beschäftigen wollte, die die Resultate der Konferenz über die Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und der Möglichkeit von Sparmaßnahmen umschreiben soll. Das Redaktionskomitee zur Formulierung dieser Verlautbarung, das heute vormittag um 9 Uhr zusammentrat, hatte den Text aber noch nicht so weit fertig gestellt, daß die Beratung darüber im Plenum schon beginnen konnte. Deshalb mußte der dritte Punkt voraufgestellt werden.

M. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Die Länderkonferenz hat gestern abend beschlossen, in einer Resolution ihre eigenen Auffassungen zusammenzufassen. Über die Formulierung ist noch heute vormittag beraten worden, vorläufig liegt sie der Öffentlichkeit nicht vor. Man war einstimmig der Ansicht, daß, vom Standpunkt der Länder aus gesehen, das bisherige Verhältnis zum Reich nicht auf die Dauer tragbar ist. Infolgedessen will man Änderungen versuchen. In welcher Richtung diese gehen, ist bei der sehr verschiedenen Einstellung noch nicht abzusehen. Man will ferner eine Kommission aufsehen, wofür ja, wie an anderer Stelle mitgeteilt, zwei Vorschläge vorliegen. Der eine will einen besonderen Ausschuß, der andere einen Reichsratsausschuß, denen ja die Staatspräsidenten ohne weiteres als Mitglieder angehören würden. Nach Zeitungsmitteilungen will man aber einen zweiten Ausschuß gründen, der die Finanzfrage in die Wege leiten soll. Soweit wir wissen, hat man den Gedanken, Reichsländer zu schaffen, mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Auch will man keine Teilwahlen versuchen. Es scheint, als ob man in der Frage der Entlastung und Ergänzung sich dahin geeinigt hat, den Austausch der Länder untereinander durch Vermittlung des Reichs zu befehlen.

Bischof/Wilhelm II.

W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Die Berufung Erwin Bischofs gegen die von Wilhelm II. erwirkte einstweilige Verfügung, derzufolge die Person des ehemaligen Kaisers in dem Saal „Raspeln“ nicht auf die Bühne gebracht werden darf, wurde heute kostenpflichtig abgewiesen. Der Vorsitzende erklärte in der Begründung, daß das Recht am eigenen Wille auch auf die Bühnendarstellung anzuwenden sei.

Stabilisierung in der Tschechoslowakei

W.B. Prag, 18. Jan. (Tel.) Die Finanzverwaltung bereitet, wie das „Prager Tagblatt“ meldet, die Stabilisierung des tschechoslowakischen Münzsystems vor. Das gesamte Kontingent von Kleinmünzen soll mit insgesamt 600 Millionen Kronen bemessen werden. Die Emission wird sich nach dem praktischen Bedarf richten. Als stabilisierter Wehwert wird die Krone gelten. Die Zweifelhäufte sollen eingezogen und die Fünftönne gegen neue umgetauscht werden. Die Zehntönne sollen als Fünftönne herauskommen. Der französischen und der italienischen Regierung gegenüber wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Verhandlungen mit diesen beiden Staaten über die Konsolidierung der Schulden aufzunehmen. Die Regierungen werden ersucht, den Termin anzugeben, wann die Besprechungen aufgenommen werden können.

Krawalle in Rumänien

W.B. Budapest, 18. Jan. (Tel.) Nach einer Blättermeldung aus Bukarest begann gestern vor dem Militärgericht in Jassy der Prozeß gegen sechs Studenten, die der Teilnahme an der Verwüstung der Synagoge in Jassy beschuldigt sind. Nachdem die Behörden Maßnahmen zur Wahrung der Ruhe in der Stadt getroffen hatten, kam es in der verflochtenen Nacht zu größeren Krawallen, weil vier aus Budapest eingetroffene Studenten die jüdischen Passanten angriffen und blutig schlugen.

Der Krieg gegen das russische Erdöl

M. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Die Royal Dutch Co. hat die Kampfkampagne des Standard-Öltrucks angenommen. Der Präsident erklärte, die Royal Dutch würde solange gegen die Standard-Öl kämpfen, wie diese gestohlenen russisches Öl nach andern Ländern verschiffen werde. In diesem Zusammenhang ist sehr bemerkenswert, daß — wie aus London gemeldet wird — die finnische Regierung bereits die Beschlagnahme aller Öl russischer Herkunft angeordnet hat.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird in der ersten Februarhälfte einen längeren Urlaub antreten, um seine Gesundheit zu kräftigen. Sein Gesundheitszustand erlaubt es ihm auch nicht, wie vorgesehen, am 25. Januar die Festrede auf der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei zu halten. Die Veranstaltung ist deshalb abgesagt worden.

Letzte Nachrichten

Die Nachfolgerschaft Geblers

W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Die Frage der Neubesetzung des Reichswehrministeriums ist durch die Inanspruchnahme der Reichsregierung durch die Länderkonferenz in den letzten Tagen nicht weiter gekommen. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. dazu hört, soll jedoch diese Frage einer beschleunigten Klärung entgegengebracht werden. Reichskanzler Dr. Marx empfing heute den Reichswehrminister Gebler und den Chef der Heeresleitung, General Geyr. Der Reichskanzler wird seine Besprechung mit den Parteiführern unmittelbar wieder aufnehmen. Die Frage, ob der Posten des Reichswehrministers endgültig neu besetzt wird oder ob ein Kabinettsmitglied die interimistische Leitung übernimmt, scheint noch immer offengelassen. General Groener steht weiter als Kandidat im Spderrgrund.

Die Frage der Pensionen

M. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei dem Etat für die Versorgung und Ruhegehälter mit 11 gegen 9 Stimmen eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, wonach die Pensionen festgesetzt werden, oder bei hohem Arbeitslohn eine Verminderung der Pensionen eintritt, ferner einen Zentrumsantrag, der die Vorlage eines Pensionsgesetzes für alle politischen Beamten, nicht nur für die Minister fordert, schließlich noch einen deutschnationalen Antrag auf Erhöhung der Pensionen für die Kriegsveteranen von 1870.

Rein Wiener Besuch des Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Zu der Meldung der „Wiener Volkszeitung“, daß gleichzeitig mit Dr. Stresemann auch Reichspräsident von Hindenburg zur Schubertfeier der Stadt Wien nach Wien reisen wird, erfahren wir, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Das Liquidationschadenschlußgesetz

W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Im Entschädigungsausschuß des Reichstages betonte bei Beratung des Liquidationschadenschadengesetzes Reichsfinanzminister Dr. Müller die Notwendigkeit einer endgültigen Schlußregelung an Stelle der bisherigen Postulats.

Es müsse endlich Sicherheit in die Haushaltsgestaltung gebracht werden. Über den vorliegenden Entwurf bestünde völlige Übereinstimmung zwischen Reichsregierung und Reichstag in allen Punkten. Der Minister ging dann auf die vorgesehenen Entschädigungsätze ein und suchte nachzuweisen, daß die Finanzlage des Reiches eine Erhöhung über die Höhe der Vorlage hinaus nicht gestatte. Aus den gleichen Gründen verbot sich auch eine Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten. Ebenso unmöglich wie die Erhöhung der Gesamtentschädigung sei die Erhöhung der einzelnen Jahreszahlungen. Der demokratische Antrag, der 100 Millionen Reichsmark für die Bevorschussung bereitstellen will, sei für die Regierung unannehmbar. Zum Schluß machte der Minister vertrauliche Ausführungen vom reparationspolitischen Standpunkt aus.

Im Anschluß an die Rede des Ministers gab ein Vertreter des auswärtigen Amtes vertrauliche Auskunft über einzelne mit der Reparationsregelung zusammenhängende Fragen. In vertraulicher Sitzung wurde dann die reparationspolitische Seite der Frage vom Ausschuss erörtert.

Deutsch-holländische Eisenbahntarifverhandlungen

W.B. Amsterdam, 17. Jan. (Tel.) Wie zuverlässig verlautet, schweben zur Zeit zwischen der niederländischen und der deutschen Reichsbahn Verhandlungen über die Einführung eines einheitlichen Gütertarifes im holländisch-deutschen Eisenbahnverkehr. Die Verhandlungen gehen auf deutsche Anregungen zurück und bezwecken, das im deutsch-belgischen Verkehr bereits eingeführte und dort gut bewährte System der direkten Tarife auch auf Holland auszudehnen.

Schweizerisch-französisches Wirtschaftsabkommen

M. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Die Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens zwischen der Schweiz und Frankreich ist — wie aus Paris gemeldet wird — in Höhe zu erwarten. Die Schweiz erhält Vergünstigungen für die Maschinen-, elektrische, chemische und die Siderieindustrie. Dafür hat Frankreich bestimmte Zolländerungen zugesprochen bekommen. Es handelt sich aber nur um ein Präzedenzfall, dessen Änderung vorgesehen ist, sobald der neue französische Zolltarif beschlossen worden ist.

Aufhebung der Karnevalsverbote in Berlin

W.B. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Der Polizeipräsident hat durch eine Verordnung vom 7. Januar die bis dahin gültige Verordnung aufgehoben, durch die Karnevalsveranstaltungen unter freiem Himmel, insbesondere Umzüge jeder Art, das Tragen von Verkleidungen, Singen und Spielen usw., verboten waren.

* Die Krisis im Zentrum

Wir haben neulich schon an dieser Stelle die Frage aufgeworfen, ob es gelingen werde, den Ausbruch der Krisis in der Zentrumsparlei vor den Wahlen zu vermeiden. Wir gingen dabei von der Tatsache aus, daß sich die Beziehungen zwischen dem, was man den linken oder Arbeiterflügel der Zentrumsparlei nennt, und der Parteileitung immer mehr und mehr verschlimmert haben. Da aber in allen Parteien die Überzeugung vorherrscht, daß die Neuwahlen zum Reichstag auch eine Neuorientierung der Koalitionsverhältnisse so oder so mit sich bringen werden, hatte man mit der Möglichkeit gerechnet, daß sich die opponierenden Elemente innerhalb des Zentrums wieder beruhigen würden, um erst nach Abschluß der Wahlkampagne mit ihren Forderungen hervorzutreten.

Diese Annahme hat sich nicht als richtig erwiesen: der opponierende Flügel hat sich nicht beruhigen lassen. Und so ist es denn zu einem offenen Konflikt, zu einer Krisis gekommen. Wie ernst diese Krisis ist, beweisen am besten gewisse Vorfälle der letzten Zeit. Der Zentrumsabgeordnete Imbusch hat dieser Tage eine Rede gehalten, deren Kritik mit den Begriffen Parteieinheitlichkeit und Parteigeschlossenheit nicht mehr in Einklang gebracht werden kann. Ferner wird heute bereits in den Versammlungen der Zentrumsarbeiter ganz offen von der Idee einer Trennung gesprochen; gerade in diesem Zusammenhang gewinnt eine Äußerung der „Germania“ besondere Bedeutung, eine Äußerung, in welcher festgestellt wird, daß sich Parteileitung und Zentrumsarbeiterschaft in der Tat voneinander entfernen.

Das Wichtigste aber ist, daß Adam Stegerwald, der der zweite Vorsitzende der Partei und der Reichstagsfraktion ist, seinen Freunden mitgeteilt hat, er werde sein Amt zur Verfügung stellen, wenn eine Verständigung mit dem Vorsitzenden der Partei, Reichskanzler Dr. Marx, nicht zustande komme. Herr Stegerwald hat sein Amt faktisch noch nicht niedergelegt, aber jedenfalls die Absicht seines offiziellen Rücktritts kundgegeben. Ja, er hat sogar, wie neuerdings gemeldet wird, auf die Ausübung der Funktionen seines Amtes einstweilen verzichtet.

Das sind außerordentlich ernste Tatsachen. Sie stellen die Parteileitung des Zentrums vor schwierige Probleme. Und man kann deshalb begreifen, daß sich die Parteileitung entschlossen hat, auf Ende des Monats Januar den Parteivorstand und den Reichsausschuß nach Berlin einzuberufen.

Eines ist klar, daß es sehr bedeutende sachliche und persönliche Differenzen sein müssen, die jene Krisis hervorgerufen haben. Von jeder ist die Zentrumsparlei mit Recht stolz gewesen auf ihre Einheitlichkeit. Wenn jetzt die beiden führenden Männer der Partei, der erste Vorsitzende, Reichskanzler Dr. Marx, und der zweite Vorsitzende, Adam Stegerwald, vor aller Öffentlichkeit so heftig aneinander geraten, und Herr Imbusch dazu in seiner Oberhausener Rede einen derartig scharf gehaltenen Kommentar liefert, dann ist — wenigstens für den Augenblick — diese Einheitlichkeit der Partei zweifellos in Frage gestellt.

Die anderen Parteien haben unseres Erachtens wenig Veranlassung, darüber Schadenfreude zu empfinden. Denn bei den meisten von ihnen gibt es ähnliche Krisenzustände; nur mit dem einen Unterschied, daß man sie bisher latent halten konnte. Die Krisis in der Deutschnationalen Volkspartei ist sicherlich noch viel schwerer als die im Zentrum. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen bei allen Wahlen der letzten Zeit die Hälfte ihrer Stimmen verloren haben, spricht ja laut genug. Auf die anderen Parteien wollen wir nicht näher eingehen. Jeder vernünftige Parteiführer weiß, daß es eine Riesenaufgabe bedeutet, die Geschlossenheit der Partei allen tief einschneidenden Problemen der Zeit zum Trotz zu bewahren.

Man wird also die Krisis innerhalb der Zentrumsparlei mit ernster Anteilnahme zu verfolgen haben und sie als eine Teilercheinung des großen innerpolitischen, das heißt vor allem sozialpolitischen Kampfes betrachten, der in der letzten Zeit immer schärfere Formen angenommen hat und in den Reichstagswahlen seinen vorläufigen Abschluß finden dürfte.

Was die Einzelheiten des Konflikts innerhalb der Zentrumsparlei betrifft, so ist es die Beamtenbefolgungsordnung, welche bei dem Arbeiterflügel das Faß zum Überlaufen gebracht hat. Die Opposition dieses Flügels er-

streckt sich auch keineswegs nur auf Herrn Dr. Marx, sondern mindestens ebenso sehr auf den Reichsfinanzminister Dr. Köhler, den Vater der neuen Beamtenbefoldungsordnung. Zugespitzt haben sich die Differenzen auf einen persönlichen Konflikt zwischen Marx und Stegerwald, weil Dr. Marx in einem Schreiben an den katholischen Lehrerverband eine erstaunlich heftige Kritik an dem politischen Verhalten Stegerwalds geübt hatte. Das Organ Stegerwalds, der „Deutsche“, hat auf diese Kritik sehr bestimmt geantwortet; dann kam die Rede Zimbushs, in welcher zwar die Idee, eine neue Arbeiterpartei zu gründen, zunächst als falsch bezeichnet, dann aber die Politik der Zentrumsparlei im Reichskabinett und im Reichstag dermaßen scharf angegriffen wurde, daß man ohne weiteres auf Konsequenzen ersterer Art gefaßt sein mußte.

Herr Zimbush hat in seiner Oberhausener Rede erklärt, die heutigen Führer des Zentrums seien nicht mehr das, was sie vor drei Jahren gewesen seien. Das beweise schon die Äußerung des Reichsfinanzministers Dr. Marx, daß das Zentrum bewußt keine republikanische Partei sei, allerdings bewußt auch keine monarchistische Partei. (Dieser Äußerung steht bekanntlich die andere Äußerung des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, des Herrn von Guericke, entgegen, daß das Zentrum doch eine republikanische Partei sei.)

Seinen Hauptvorstoß richtete Herr Zimbush gegen die Zusammensetzung der Fraktion. In der Zentrumsfraktion seien zu viel Akademiker, Beamte und Wirtschaftsunternehmer, die innerlich dem Zentrum fern stünden und nur mitmachen, um zu einem Posten zu gelangen, während den Arbeitern der gebührende Einfluß fehle. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Vorstoß Zimbushs von der Befürchtung inspiriert ist, daß bei der Kandidatenaufstellung für die neue Reichstagswahl gewisse Schichten, zu denen die Arbeiter jedenfalls nicht gehören würden, einseitig bevorzugt werden könnten.

Der Rede Zimbushs ist die aufsehenerregende Tat gefolgt: die Erklärung Stegerwalds, daß er auf die Ausübung der Funktionen seines Amtes als zweiter Vorsitzender verzichte, bis eine Klärung erfolgt sei. Alles wird jetzt davon abhängen, ob es gelingt, auf der Tagung des Parteivorstandes und des Reichsausschusses am 28. und 29. Januar eine haltbare Einigungsformel zu finden.

Warburg für Revision des Dawesplans

W.D. New York, 17. Jan. (Tel.) Auf der Jahresversammlung der Aktionäre der International Acceptance Bank berührte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Paul M. Warburg, in seiner Rede auch das Reparationsproblem. Unter Hinweis auf den letzten Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der die Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationszahlungen anregt, erklärte Warburg, die Bedeutung dieser Äußerung könne nicht überschätzt werden. Es sei zu hoffen, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, wo ein neuer Sachverständigenplan ausgearbeitet und als endgültige Lösung angenommen werde. Es sei auf die Dauer verschwendet und verwerflich, die Unmöglichkeit des Dawesplanes durch seine tatsächliche Ausführung zu beweisen. Zwar sei es Deutschlands Aufgabe, alles in seiner Macht Stehende zu tun, sich den Bestimmungen des Dawesplanes anzupassen, aber es sei doch die Frage, durch welches Wunder ein Exportüberschuß Deutschlands von 2 1/2 Milliarden Reichsmark bei einem Gesamtexport von 10 Milliarden Reichsmark für eine lange Reihe von Jahren angesichts der vorhandenen Zollschranken erzielt werden solle.

Am Schluß seiner Rede erklärte Warburg noch, obwohl die Auflegung deutscher Anleihen infolge der Gilbert-Note vom 20. Oktober 1927 plötzlich aufgehört habe, es als sicher anzunehmen sei, daß der amerikanische Markt bald wieder Anleihen für produktive Zwecke offenstehen werde.

W.D. London, 18. Jan. (Tel.) Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ bezeichnet es als möglich, daß die Vorschläge des Generalagenten für Reparationen mit der französischen Regierung dazu führen werden, die endgültige Festsetzung der deutschen Verpflichtungen nicht, wie früher angenommen wurde, in fünf oder zehn Jahren, sondern nach dem ersten oder zweiten Jahr der Zahlung der vollen Jahreszahlungen durch Deutschland eintreten zu lassen. Die Verhandlungen seien zwar geheim, aber soviel man hören kann, fänden die Vorschläge Parker Gilberts nicht den Widerstand, den die früher von Frankreich an seinem Bericht geübte Kritik erwarten ließ.

Das Reichsverwaltungsgericht und Preußen. Zu dem von Preußen gemachten Vorschlag, das preußische Oberverwaltungsgericht in dem in Berlin neu zu schaffenden Reichsverwaltungsgericht aufgehen zu lassen, ist laut „V. L.“ vom Reichsinnenminister von Reubell nunmehr ein Entwurf fertiggestellt worden, der bereits in der letzten Sitzung des Reichskabinetts beraten wurde. Das Blatt glaubt, daß sich auch die Länderkonferenz mit dem preußischen Vorschlag befassen wird.

Albert Thomas in Ost-Oberlofen. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, traf Dienstag abend in Rattowitz ein. Zu seinem Empfang hatten sich am Bahnhofe eingefunden der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, ein Vertreter der Wojwodschast, ein Vertreter der deutschen Staatsregierung, sowie der französische Konsul in Rattowitz. Direktor Thomas, dessen Besuch der Tagung des begutachtenden Ausschusses für Arbeitsfragen in Ost-Oberlofen gilt, nimmt als Gast des Präsidenten Calonder auf Schloß Reudel Wohnung.

Die Lage in der englischen Baumwollindustrie. Auf einer Konferenz zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter der Baumwollindustrie in Manchester lehnten die Arbeitgeber ab, eine Herabsetzung der Löhne und eine Vermehrung der Arbeitsstunden zu erwägen und drangen darauf, daß die Unternehmer die Regierung auffordern sollten, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Es wurde beschlossen, einen Untersuchungsausschuß zu ernennen und eine neue Sitzung am 3. Februar abzuhalten.

Die Länderkonferenz

Das Ergebnis des zweiten Tages

Die Beratungen der Länderkonferenz am Dienstag endeten mit der Einsetzung eines Redaktionsausschusses, der eine Vereinbarung aufsetzen soll, die das bisherige Ergebnis der Verhandlungen über den ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung der Konferenz umfaßt. Von unterrichteter Seite wird das bisherige Ergebnis der Beratungen entgegen einigen pessimistischen Auslassungen Berliner Blätter als durchaus nicht unbefriedigend bezeichnet. Es wird betont, daß die Vereinbarung ja zeigen werde, daß die Konferenz bereits eine Reihe von Fortschritten erzielt habe, die zu einer Klärung führen können. Dabei handelt es sich bei dem ersten Punkte der Tagesordnung, der das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zum Gegenstand hat, um die Einsetzung einer Kommission, die mit der praktischen Ausarbeitung von Vorschlägen zur Besserung dieses Verhältnisses beauftragt werden soll. Über den Charakter und die Zusammensetzung dieses Ausschusses gingen die Meinungen der Konferenz bisher allerdings auseinander. Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns machte einen Vermittlungsvorschlag, und dieser dürfte jetzt wohl im Vordergrund stehen. Er geht dahin, daß tatsächlich der Verfassungsausschuß des Reichsrates beauftragt wird, daß er aber das Recht hat, Sachverständige hinzuzuziehen, deren Teilnahme an den Arbeiten er für nützlich hält.

Im übrigen ist aus den Schlussworten zu dem Thema des Verhältnisses von Reich und Ländern noch von Interesse, daß Ministerpräsident Selb, München, auch vom bayerischen Standpunkt aus eine kraftvolle Stütze des Reiches als wünschenswert und notwendig bezeichnet, aber seine Auffassung gegen den Einheitsstaat und für den bundesstaatlichen Charakter des Reiches aufrecht erhielt. Er erklärte, Bayern werde sich nie in einen Einheitsstaat irgendwelcher Form hineinpressen lassen. Im übrigen könnten nach seiner Auffassung auch viele Fragen, die von den Verehrern des Einheitsstaates aufgeworfen wurden, geregelt werden, ohne daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches davon berührt werde. Bayern sei auf dieser Grundlage zu jeder möglichen Verständigung bereit. Der bayerische Ministerpräsident betonte, daß man auch nach seiner Meinung die bisherigen Ergebnisse der Konferenz durchaus als erfolgreich ansehen könne, denn die Konferenz habe zur Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sehr viel beigetragen und gezeigt, daß sich über vieles, was bisher Meinungen verurteilte, eine befriedigende Verständigung herbeiführen lasse.

Aus dem Schlusswort des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns ist bemerkenswert, daß er sein Referat keineswegs als Unfreundlichkeit gegen die kleinen Staaten aufgefaßt haben will. Er habe nur die Angriffe abwehren wollen, die Preußen vorwerfen, daß es die Absicht habe, die kleinen Staaten aufzulösen, um ein „Großpreußen“ zu schaffen. Dr. Brauns verwies auf den Beschluß des Preussischen Landtages vom 1919, daß Preußen jederzeit bereit sei, in dem Einheitsstaat aufzugehen, wenn auch alle anderen Länder sich dazu bereit erklärten. Das sei auch heute noch der preussische Standpunkt. Zum Schluß führte Dr. Brauns aus, daß die Erörterungen der Konferenz zu einer Klärung geführt hätten. Man habe festgestellt, daß der jetzige Zustand nicht haltbar sei. Das sei nach seiner Meinung ein Erfolg. Man werde ein gutes Stück weiterkommen und im übrigen würden die Verhältnisse von selbst zu einer Beschleunigung der Lösung beitragen.

Über den Verlauf

der Diskussion am Dienstag wird gemeldet, daß der sächsische Ministerpräsident Selb in seinen umfangreichen Ausführungen die Verbesserung und die Vereinfachung der Verwaltung als durchaus möglich bezeichnete. Auf der anderen Seite warnte er davor, immer vom Einheitsstaat zu reden, ohne sich darüber klar zu sein, daß nicht eine gewalttätige, sondern nur eine ruhige und stetige Entwicklung erfrüchtlich sei.

Der thüringische Staatsminister Dr. Leuthner sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz namentlich für die kleineren und mittleren Länder insofern zu einem Erfolge führen werde, als ihre Vertreter das Gefühl mit nach Hause nehmen könnten, daß das Reich sich seiner Pflicht bewußt sei, auch seine schwächeren Glieder mit allen Kräften zu unterstützen. Auch Dr. Leuthner trat für Vereinfachung und Vereinheitlichung ein, betonte aber ebenfalls, daß dieser Weg nur überlegt und schrittweise gegangen werden könne.

Der hessische Staatspräsident Ulrich übte Kritik an der nach seiner Auffassung leblich negativen Einstellung der Referate. Er unterstrich, daß es kein Zurück geben könne zu dem, was war. Eine solche rückwärtschauende Einstellung sei in den Referaten des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Selb und des württembergischen Ministerpräsidenten Bagille. Die Politik des Reiches und der Länder müsse nach vorwärts gehen. Diese Notwendigkeit werde einfach durch die Tatsache diktiert, daß wir uns erhalten müssen. Dieser Redner fordert weiter, daß einzelne Verwaltungsbereiche allmählich immer mehr in die Hände des Reiches übergehen müßten. Er erläuterte dieses Kapitel seiner Ausführungen an dem Beispiel der Justizverwaltung. Entgegen den Auffassungen von dezentralisierten Einheitsstaat betonte er, daß der Einheitsstaat nicht ohne eine zentralistische Regierung bestehen könne. Schließlich bezeichnete er es als das notwendige Ergebnis der Konferenz, daß eine Reihe von Mitgliedern der Konferenz bestimmt werden müßte, Vorschläge über das auszuarbeiten, was getan werden könne und das, was getan werden müsse, um zu befriedigenden Lösungen zu kommen und durch diese den Einheitsstaat vorzubereiten.

Staatspräsident Dr. Klemme, Baden

behandelte vor allem die Finanzfrage. Er warnte davor, einen gefährlichen Zentralismus unorganisch treiben zu lassen, ohne sich über die letzten Konsequenzen klar zu sein. Er faßte seine Ausführungen am Schluß etwa folgendermaßen zusammen: Bei den auf dieser Konferenz zur Besprechung stehenden Fragen handele es sich seiner Überzeugung nach um die große Kardinalfrage: Aufgabe der Souveränität der Länder zugunsten der Reichseinheit. Er glaube nicht, daß diese große Frage im Augenblick bereinigt werden könne. Vielleicht sei ihre Lösung auch in Jahren nicht möglich, weil ihr historische und andere Gegenstände im Wege ständen, die man durch Konferenzen nicht aus der Welt schaffen könne. Dagegen glaube er, daß in der Frage der Erstlingsfähigkeit der Länder, auch in der Frage der sogenannten Fürvereinigung, Fragen beständen, die zu lösen seien, die man aber nicht lösen könne, wenn man sich nicht an den Konferenztag setze. Der Redner gab dann der Überzeugung Ausdruck, daß diese Fragen letzten Endes noch einen tieferen Grund haben müßten, nämlich das Unbefriedigensein mit den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben. Es liege im Interesse der Wohlfahrt unseres Vaterlandes, daß reiner Tisch gemacht werde, und dazu sei seiner Ansicht nach der Vorschlag des ersten Redners vom Vortage, des Hamburger

Bürgermeisters Peterfen, sehr geeignet. Wenn auch nicht allzu große Hoffnung darin gesetzt werden könne, daß die erstrebenswerte Lösung schnell gefunden würde, aber geschehen sollte etwas, und wenn es in diesem Sinne geschehe, sei zu hoffen, daß es auch gelinge.

Nachdem der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns sich noch mit einzelnen Diskussionsrednern zu seinem Referat auseinandergesetzt hatte, behandelte der oldenburgische Ministerpräsident v. Fink die aktuellen Probleme unter dem besonderen Gesichtspunkt der oldenburgischen Bedürfnisse.

Schließlich nahmen in der Vormittagsitzung noch Reichsarbeitsminister Brauns, der Vorsitzende des Handelspräsidiums von Lippe, Präsident Drake, der Ministerpräsident von Anhalt, Deiß, und der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Dr. Jasper, sowie der Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz, Dr. Gustardi, das Wort.

Nachmittags um 14 Uhr wurde in der Länderkonferenz die Diskussion fortgesetzt. Es sprach: der bayerische Ministerpräsident Selb, Bürgermeister Peterfen, Hamburg, und der preussische Ministerpräsident Brauns. Dann verließ man den ersten Punkt der Tagesordnung und ging zum Referat

„Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft“ über, das der preussische Finanzminister Dr. Köppler-Wischoff erstattete.

Der Minister zog einen Vergleich zur Stellung zwischen Regierung und Parlament in Deutschland, England und Frankreich. In Deutschland sei der größte Teil der Ausgaben zwangsläufig und ohne Bewilligung durch das Parlament möglich, während in England Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Zur Stellung des Finanzministers im Kabinett hob der Referent die weit stärkere Stellung des Schatzkanzlers in England hervor, die aber für Deutschland nicht maßgebend sein könne, da sie einer einzelnen Partei ein zu starkes Übergewicht geben könnte. Während der Reichsfinanzminister das Recht habe, die Ausgaben zu sperren, dürfe der preussische Finanzminister nur 10 Proz. aller Ausgaben sperren. Hier sei eine Stärkung der Stellung der Landesfinanzminister wünschenswert. Etatsveränderungen dürfen nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden, ohne daß dritte Stellen wie Reichspräsident und Reichsparlamentarier eingeschaltet werden. Der Referent wandte sich weiter gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber den Ländern. Zum Schluß sprach sich der Minister bei Behandlung der Finanzgebarung der Gemeinden gegen eine weitere Erhöhung der Schranke aus, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden bilde.

Bei dem Problem der Sparmaßnahmen in Reich und Ländern handelt es sich im wesentlichen um technische Fragen. Dabei wurde z. B. über die Stärkung der Reichsregierung gegen parlamentarische Einflüsse und die Stärkung der Stellung der Finanzminister gesprochen. Auch der bayerische Finanzminister Dr. Schmelzle erklärte sich mit dem Vorschlag des preussischen Finanzministers Dr. Köppler-Wischoff einverstanden, daß diese Fragen durch einen Ausschuß zur Lösung gebracht werden solle. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß dieser Ausschuß eingesetzt wird.

Politische Neuigkeiten

Der bayerische Ministerpräsident an die Presse

Auf einem Presseempfang in München, zu dem führende Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens in großer Zahl erschienen waren, führte Ministerpräsident Dr. Selb in einer Rede u. a. aus:

In unserer Zeit der großen Not, seelischer Zerrüttung und nationalen Zerissenheit sollte die Presse ganz allgemein der Willen der Bevölkerung mit sein, sollte für ihr Teil aber auch der Führer des Volkes in nationalen Dingen werden. Für die ganze Presse, auch die Oppositionspresse, könne es hier nur ein Ziel geben, aus dem wir uns lösen müssen, was geleistet haben, daß es hier nur eines geben könne, wenn wir eine Zukunft haben wollen — nämlich, daß wir einen deutschen Willen bilden, der sich zur Geltung bringen kann in der Welt auf allen Gebieten des Lebens. Die bayerische Presse hat noch eine besondere Aufgabe gerade in diesen Tagen, wo die Gärung und der Streit um Deutschland und seinen Aufbau wieder einmal soviel, vielleicht allzuviel sich geltend macht. Auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen und in Anbetracht der Artung der Deutschen in ihren Stämmen, könne es für das deutsche Vaterland und seine Grundlagen nichts Besseres geben, als die Ueberlegung in Staaten, die eine bestimmte Selbstständigkeit haben und im Wettbewerb auf eines hinarbeiten: Dem Ganzen des Vaterlandes möglichst große Kraft in der Entfaltung der äußeren Politik zu verleihen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf entwidmete als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse Schriftleiter Dr. Döwitt, Berlin, eintrübende Gedanken über die Vorbildung des Journalisten und über die Bedeutung der spezialistischen Befähigung für den journalistischen Beruf.

Die Hohenzollern vor dem Schiedsgericht

Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, haben sich zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen Königshaus bei der Abwicklung des Auseinanderlassungsvertrages Differenzen ergeben, die jetzt dazu geführt haben, daß der preussische Finanzminister gezwungen ist, das in § 15 des Abwicklungsvertrages vorgesehene Schiedsgericht anzurufen. Im Jahre 1918 wurde das zum preussischen Fideikommiß gehörige Vermögen mit Beschlag belegt und die Verwaltung dem preussischen Finanzministerium übertragen. Zu den Kosten der Verwaltung gehörten die Steuern, die an das Reich abgeführt wurden, ferner wurden laufende Zuschüsse für den Unterhalt des Königshauses in Höhe von insgesamt einer Million 650 000 Reichsmark gezahlt. Mehrfach sah sich die Hofkammer, um ein Defizit in ihrem Haushalt zu decken, genötigt, Kredite aufzunehmen, die das Hofamtergut mit rund 750 000 Reichsmark belasten. Von dem der Generalverwaltung überwiesenen Gesamtbetrag von 1 650 000 Reichsmark wurden hier 900 000 Reichsmark durch reale Einkünfte der Hofverwaltung gedeckt. Dem Rest von 750 000 Reichsmark standen Passiva derselben Höhe gegenüber. Das preussische Finanzministerium hat im Laufe von Verhandlungen nun von den Hohenzollern die Rückzahlung der Zuschüsse und Zahlung von Reichsvermögenssteuern, insgesamt die Rückzahlung einer Summe von 790 723,10 Reichsmark verlangt. Das preussische Finanzministerium hat den Hohenzollern eine Zahlungsfrist bis zum 15. Januar gelassen. Da die Hohenzollern bis zu diesem Zeitpunkt eine Erklärung nicht abgegeben haben, daß sie die Summe an den preussischen Staat zurückzahlen wollten, muß jetzt das Schiedsgericht seinen Spruch fällen.

 **Winschermann** G.m. Stephaniestraße 94 Fernsprechanchl. 815, 816, 817
b. H. Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz 

Neue Einschränkung im englischen Kreuzerbauprogramm

Die englische Regierung hat beschlossen, eine weitere Einschränkung im Kreuzerbauprogramm vorzunehmen. Statt wie beabsichtigt im Jahre 1928/29 drei Kreuzer von 8000 Tonnen auf Stapel zu legen, sollen nur zwei auf Stapel gelegt werden. Es werden also drei Kreuzer von 8000 Tonnen im laufenden Jahre bzw. 1928/29 auf Stapel gelegt werden, anstatt vier Kreuzer und zwei Kreuzer von je 10 000 Tonnen, die im Bauprogramm 1927/28 und 1928/29 vorgesehen waren. Es handelt sich um eine Ersparnis von 5 1/2 Millionen Pfund, die sich allerdings auf eine Reihe von Jahren verteilen. Wie verlautet, ist im Veresetat eine Ersparnis von nahezu einer Million Pfund Sterling vorgesehen.

Die Löhne in Sowjetrußland. Die Verhandlungen über die Verlängerung der Kollektivverträge in der Industrie der ganzen Sowjetunion sind, wie aus Moskau gemeldet wird, am 15. Januar zu Ende geführt worden. Der Lohn der minderbezahlten Industriearbeiter wurde um insgesamt 30 Millionen Rubel erhöht. Die Zahl der Fälle, in denen Lohnunterschiede den Schlichtungsorganen überwiesen wurden, ist bedeutend geringer als im Vorjahre.

Kurze Nachrichten

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute Mittwochs die Beratung des Etats für die besetzten Gebiete fort. Nach Erledigung dieses Etats wird sich der Ausschuß mit dem auswärtigen Etat beschäftigen.

Der Bildungsausschuß des Reichstages nimmt heute Mittwochs nachmittags seine Beratungen über das Reichsschulgesetz wieder auf. Wegen der neuerdings aufgetauchten Schwierigkeiten über den § 16 a, der nach Ansicht verschiedener Parteien eine reichsgerichtliche Betätigung des bayerischen Konföderates bedeutet, trat heute vormittags der interfraktionelle Ausschuß zusammen. Man hofft, daß das bereits gefertigte Kompromiß die Zustimmung der Deutschen Volkspartei finden wird.

Aufhebung des deutsch-norwegischen Bismarckzwanges. In Oslo wurde ein Abkommen zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung über die gegenseitige Aufhebung des Bismarckzwanges unterzeichnet.

Die Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik. Die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zu Berlin über die Beilegung des Metallarbeiterstreiks in Mitteldeutschland geführten Einigungsverhandlungen wurden am Donnerstag vormittags 10 1/2 Uhr beendet.

Die Freigabevorlage. Am kommenden Montag wird die öffentliche Verhandlung über die Freigabevorlage vor dem Finanzausschuß des amerikanischen Senats beginnen.

Die Steuererträge Frankreichs. Savas gibt die Steuererträge im Jahre 1927 mit 40 191 562 000 Franks oder 5 686 411 000 Franks mehr als im Vorjahre an.

Der Große Festsitzende Rat ist auf den 30. Januar nach Rom einberufen worden. Auf seiner Tagesordnung steht an erster Stelle der Gesetzentwurf über die Reform der Volksvertretung.

Abkündigung der Schwabingergerichte in Italien. Den römischen Vätern wird mitgeteilt, daß die Schwabingergerichte in ihrer jetzigen Gestalt durch die neue Strafprozessordnung abgeschafft werden würden.

Sowjetrußland und der Papst. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion dementiert die Meldung von dem angeblichen Todesurteil gegen den Papst.

Trostki in die Verbannung abgereist. Nach einer Meldung des Moskauer Korrespondenten des „B. L.“ ist nunmehr am Montagabend Trostki von Moskau in die Verbannung nach Wjerna an der turkfanisch-sibirischen Grenze abgereist. Beim Abschied sagte Trostki, der den Humor des unerschütterten Mannes zeigte, zu dem Journalisten: „Besuchen Sie mich in Wjerna!“

Die englischen Neuwahlen. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Express“ will wissen, daß die konservative Parteileitung noch für dieses Jahr die Abhaltung parlamentarischer Neuwahlen plane.

Präsident Coolidge hat sich in Savanna in Begleitung Kelloggs und des Marineattachés Wilbur auf dem Kreuzer „Memphis“ zur Küstkreise nach Key West eingeschifft. Er hofft, am Donnerstag wieder in Washington zu sein.

Gemeinde-Rundschau

Der Streit um den Heidelberg-Silo. Die Ortsgruppe Heidelberg des Landesverbandes „Badische Heimat“ hat an das badische Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, an deren Schluss die Bitte ausgesprochen wird, daß eingedenk der hohen Verantwortung, die die internationale Verühmtheit des Heidelberg-Randbauwerks, das eben erst so tatkräftig bewiesene Interesse des Auslandes für Heidelberg, die Pflicht zur Wahrung der Kulturgüter uns allen auferlegt, dem Vorgehen der Herrenmühle die Zustimmung zu verweigern.

Der Vorschlag von Philippsturn wurde vom Bürgerausschuß mit 30 gegen 14 Stimmen (Bürgerl. Vgg. und Kommunisten) angenommen. Die Umlage beträgt 1,20 M.

Bei der Bürgermeisterwahl in Michelfeld (Amt Einsheim) wurde der Gemeinderat Dreher mit 378 von 600 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt.

Der Gemeindehaushalt von Ettlingen. Der ungedeckte Aufwand im Gemeindehaushalt Ettlingen für das Rechnungsjahr 1927/28 in Höhe von 310 000 M soll vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses durch die neu berechnete Bürgergenutzumlage mit 18 947 M und durch Gemeindesteuern in Höhe von 291 078 M aufgebracht werden. Für letzteres Aufbringen sind unter Erhöhung der gesetzlichen Steuergrundbeträge auf Grund des § 58 a Abs. 2 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes für das Grund- und Betriebsvermögen und für den Gewerbeertrag, soweit dieser bei dem Steuerpflichtigen den Betrag von 10 000 M übersteigt, um 25 Proz., sowie unter Festsetzung von 165 Quatertellen dieser Steuergrundbeträge folgende endgültigen Steuererträge vorgesehen: 1. Grundvermögen pro 100 M Steuerwert 83 M, 2. Betriebsvermögen pro 100 M Steuerwert 83 M, 3. Gewerbeertrag bis 10 000 M pro 100 M Steuerwert 4,95 M und 4. Gewerbeertrag über 10 000 M pro 100 M Steuerwert 6,19 M. Auf die endgültige Gemeindesteuer werden die erwoگenen Voraussetzungen angedreht.

Die geplante Rheinbrücke bei Waldshut. Die Finanzierung des Baues einer Rheinbrücke Waldshut-Koblentz scheint auf deutscher Seite laut „Automobilrevue“ auf Schwierigkeiten zu stoßen, obwohl man sich über die Notwendigkeit dieser Verbindung üben und trüben einig ist. Eine kürzlich in Karlsruhe zwischen schwedischen und badischen Interessenten abgehaltene Besprechung hat die Finanzierung auf badischer Seite noch nicht anzuwe gebracht. Es soll aber doch begründete Hoffnung bestehen, daß der Bau noch in diesem Jahre beschlossen und in Angriff genommen werden kann.

Badischer Teil

Gebäudeversicherungsanstalt 1927

Vor einigen Tagen fand in der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt die Jahresfestung des erweiterten Verwaltungsrats statt, die unter dem Vorsteher des Präsidenten Arnold, und in Anwesenheit von Vertretern des Ministeriums des Innern tagte. Dem Verwaltungsrat gehören an 22 von den Kreisen gewählte Hausbesitzer und 3 Mietervertreter. Der erstattete Geschäftsbericht hebt unter anderem hervor, daß der seit 1923 ständig anwachsende Gesamtschaden 1927 erstmals endlich zum Halten gekommen ist. Der Gesamtschaden des Jahres 1927 (Schaden nach Friedenspreisen ohne Paulosenübersteuerungszufschlag) bleibt hinter dem 1926er Schaden um 20 Proz. zurück. Diese Senkung des Schadens machte eine Senkung der für 1927 zu erreichenden Umlage möglich von 18 Pf auf je 100 M Versicherungssumme auf 14 Pf, einem derzeitigen Übersteuerungszufschlag zur Brandentschädigung von 50 Proz. entspricht diese auf Friedenswert bezogene Umlage nach Abzug der vom Versichererten zu tragenden Versicherungssteuer einer tatsächlichen Umlage von 8,96 = 9 Pf je 100 M Versicherungswert.

Aus dem Geschäftsbericht interessiert besonders, daß die Gebäudeversicherungsanstalt im abgelaufenen Jahre dem Landesverband der freiwilligen Feuerwehren die Mittel zur Verfügung gestellt hat, um 13 Feuerwehrlöhner- und Unterführerkurse abzuhalten. Darunter einen für Bezirksfeuerlöschinspektoren und einen für Automobil- und Motorspritzenführer. 1384 Führer beteiligten sich an diesen Kursen. Die Zahl der mit Zuschüssen der Landesfeuerwehrunterstützungsstelle und der Hilfe der Gebäudeversicherungsanstalt beschafften Automotorspritzen ist derart gewachsen, daß das unsere Heimat überspannende Netz nahezu lückenlos ist.

Von den Reserven, dem Betriebs- und Ausgleichsfonds der mangelnden Rückversicherung im Großen und Ganzen liquid sein muß, hat die Gebäudeversicherungsanstalt über 80 Proz. der badischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Der Zinseneinklang ermöglicht die für nötig erachtete Zinsangriffnahme einer allgemeinen Nachprüfung im Lande ohne Beanspruchung besonderer Umlagemittel. Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage glaubte der Verwaltungsrat von dem ihm nach gesetzlicher Vorschrift zustehenden Recht, zur Stärkung des Betriebs- und Ausgleichsfonds einen Zuschlag zur Umlage zu erheben, keinen Gebrauch machen zu sollen.

(Der gestern veröffentlichte kurze Bericht, der der Presse von nichtamtlicher Seite zugegangen war, enthält einige Unrichtigkeiten, die durch obigen Bericht richtiggestellt sind. Die Red.)

Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge

Der Landesverband Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hielt im Bürgeraal des Rathauses zu Karlsruhe in Anwesenheit des Bundespräsidenten des Volksbundes, Oberpfarrer Siems, seine diesjährige Landesversammlung ab, zu der Vertreter des Ministeriums des Innern, der weltlichen und geistlichen Behörden und zahlreicher Vertreter der Ortsgruppen — auch aus dem weit entfernten Konstanz und Zell i. B. — erschienen waren.

Der 1. Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, begrüßte die Teilnehmer, besonders den Vertreter des Herrn Ministers des Innern, und den Präsidenten des Bundes. Er erwähnte die Ortsgruppen, in ihrer Werbeltätigkeit nicht zu erlahmen, da die Zahl von 23 Ortsgruppen mit rund 5000 Mitgliedern in keinem richtigen Verhältnis zur Zahl der 72 000 gefallenen Badener stehe. Der 1. Schriftführer, Stadtbaurat Kemmer, erstattete den Geschäftsbericht über das gesamte Arbeitsgebiet, wobei er den günstigen Erfolg der Werbung in den Landgemeinden, bei der Patenschaftsübernahme, der Werbung der Ortsgruppe Konstanz, in der Schweiz und der Wanderausstellung für Friedhofskunst, die 1928 weiterläuft, hervorhob.

Präsident Oberpfarrer Siems schilderte in eingehenden Darlegungen die Schwierigkeiten und Hindernisse, welche auch im letzten Jahre der gesetzlichen Festlegung des Volkstrauertages entgegenstanden und hat, auch in diesem Jahre den Tag am Sonntag Reminiszere, 4. März, in gleicher Weise wie 1927 zu begehen. Es wurde beschlossen, den Volkstrauertag wiederum in möglichst eindrucksvoller Weise auch in Baden zu gestalten. Später gab Präsident Siems einen eindrucksvollen Einblick in die immer mehr sich steigende Tätigkeit der Bundeszentrale.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde beschlossen, keine Reisen nach den Kriegesfriedhöfen im Ausland den Ortsgruppen zu überlassen, unter besonderer Mahnung zur Vorsicht hierbei. Der 1. Rednerin, Frau Schlager, wurde auf Antrag der Kampferprüfungskommission nach erstattetem Rapportbericht Entlastung erteilt. Neu wurde Oberkirchenrat D. Rapp zum 2. Vorsitzenden und Oberregierungsrat Dr. Bierau zum 1. Schriftführer einstimmig gewählt.

Gegen die Wiedereinführung der Gemeindegetränksteuer

Der Sonderausschuß für Winzergenossenschaftswesen des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hat in einer am 13. Januar in Freiburg i. Br. abgehaltenen stark besuchten Tagung, in der alle Weinbaugemeinden vertreten waren, in folgender Entschließung Stellung genommen:

„Die im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigten Winzergenossenschaften erheben stärksten Protest gegen die Wiedereinführung der Gemeindegetränksteuer auf Wein, wie sie seitens des deutschen Städteverbandes angeregt wurde und vom Reichsfinanzministerium in Erörterung gezogen sein soll. Die Gründe, die zur Aufhebung der Gemeindegetränksteuer vor 1/2 Jahren durchschlagend waren, bestehen heute noch in unvermindertem Umfange fort, und es dürfte sich daher erübrigen, sie nach so kurzer Zeit erneut wieder der Reichsregierung, dem Reichstag und dem Reichsrat vorzutragen. Diese drei gesetzgebenden Körperschaften werden dringend ersucht, den Bestrebungen auf Wiedereinführung der Gemeindegetränksteuer kein Gehör zu schenken, um nicht wieder den schweren Kampf im Winzerstand heraufzubeschwören. Dieser bedarf dringender Ruhe.“

Thermalbad Krozingen. Einen rapiden Aufschwung hat das junge Thermalbad Krozingen zu verzeichnen. Im verfloßenen Jahre wurden 45 000 Bäderbesucher verzeichnet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Anzahl verabschiedeter Bäder ohne nennenswerte Bekläme, fast nur durch mündliche Empfehlung der Patienten und Ärzte erzielt wurde.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsgründungsfeier

Am heutigen Gedentage der Reichsgründung tragen die öffentlichen Gebäude Flaggenschmuck. Vormittags fanden in der Technischen Hochschule wie auch im Staatstechnikum eindrucksvolle Erinnerungsfeiern statt.

Dem Festakt in der Fredericiana wohnte als Vertreter des Unterrichtsministeriums der Referent für Hochschullehren, Ministerialrat Dr. Schwörer bei. Ferner bemerkte man die Spitzen der Behörden, darunter den Oberbürgermeister Dr. Finster, den Präsidenten des ev. Oberkirchenrats D. Warth und den Präsidenten der Oberpostdirektion, Geheimrat Lämmlein.

Nach einem Vortrag des akademischen Orchesters sprach Prof. Bachmann über das Thema „Bodenkultur und Kulturtechnik seit der Reichsgründung“. Er erinnerte an die Glanzzeit des Reiches und an den Zusammenbruch 1918, der in der Hauptsache eine Folge der mangelnden Ernährungsbasis des deutschen Volkes gewesen sei. Die erscheinende Passivität unserer Handelsbilanz sei vornehmlich auf die bedeutend gesteigerte Lebensmittelaufnahme zurückzuführen. Eine der Hauptaufgaben unseres Volkes seien darum durchgreifende und baldige Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Als deren Voraussetzung bezeichnete der Redner eine großzügige Melioration, für die leider seit der Reichsgründung nur wenig getan wurde. Mit den Erfahrungen des letzten Krieges habe diese Tätigkeit allerdings etwas lebhafter eingesetzt. Es müsse aber noch ungeheuer viel geschehen. Nach der Statistik sind in Deutschland noch 8 1/2 Millionen Hektar Kulturland entwässerungsbedürftig, 3 Millionen Hektar bedürfen der Bewässerung. Dazu sind noch 2 Millionen Hektar Moore und 1 1/2 Millionen Hektar Ödland zu kultivieren. 8 Millionen Hektar, d. h. mehr als ein Viertel des gesamten landwirtschaftlich genutzten Geländes, benötigen der Flurbereinigung. Diese Kulturarbeiten erfordern naturgemäß einen ungeheuren Arbeits- und Kostenaufwand, wozu letzteren man mit 1 1/2 Milliarden berechnet hat. Der Redner ging dann auf die Mittel und Wege zur Hebung der Landwirtschaft im einzelnen ein und unterstrich dabei nachdrücklich die gewichtige Rolle der Kulturtechnik im Wirtschaftsleben. Diesem Spezialgebiet müsse endlich die gebührende Stellung an den Technischen Hochschulen zuteil werden. Mit Genugtuung sei festzustellen, daß die badische Staatsregierung als erste Landesregierung einen ordentlichen Lehrstuhl für Kulturtechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe eingerichtet hat. Der einzige Weg zur Rettung aus Not und Elend sei die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes durch die eigene Landwirtschaft. Mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft schloß Prof. Bachmann seine interessanten Ausführungen. — Die Verammlung lang darauf „Deutschland, Deutschland über alles“. Mit dem Niederländischen Dankgebet und einem weiteren Orchestervortrag fand die Feier ihren Abschluß.

Frommel-Gedenkteiler der evang. Kirchengemeinde Karlsruhe. Am Abend des vergangenen Sonntags feierte die evangelische Stadtkirche in der überfüllten Stadtkirche das Gedächtnis Emil Frommels, des Sohnes unserer Stadt, der am 6. Januar 1828 in der Adlerstraße geboren wurde. Schon die originelle Programmkarte, die auf der einen Seite das angehende Künstler- und tieffromme Theologengestalt Frommels zeigte, offenbarte es, wie Pfarrer Hindenlang die Persönlichkeit Frommels allen Gemeindegliedern nahebringen wollte. Die Feier wurde durch Johann Sebastian Bachs mächtiges D-Dur-Präludium eingeleitet. Pfarrer Hindenlang vollbrachte in seiner Gedächtnisrede das, was er an Emil Frommel als sein Eigenes rühmte, die Verbindung des Künstlers und des Theologen. Sein alltägliches Lebensbild war es, das so vor uns erstand. Der Gesang der bis zuletzt gespannt lauschenden Gemeinde mochte durch die alte Kirche, in der Frommel einst ordiniert und in sein Karlsruher Pfarramt eingeführt worden ist: „O starker Fels und Lebenshort, laß doch dein himmlisch süßes Wort in unsern Herzen brennen!“ Die gewaltige Fantasie über den Choral „Lobe den Herren“ für Orgel, Trompeten und Posaunen von R. W. Gade, die die Feier beschloß, gab der feierlich gehobenen Stimmung den rechten Ausdruck.

Colosseum Karlsruhe. Die neue Revue, die augenblicklich im Colosseum zur Aufführung gelangt, trägt nicht nur den Titel, sondern ist in der Tat „Das lebende Magazin“. Denn so wie eines der bekannten vielgelesenen Modemagazine bald bei diesem, bald bei jenem Thema antippt, und es in gefälliger Plauderton als höchst aktuelle Sache erledigt, ebenso umschließt dieser bunte „Reigen der Schönheit, Liebe und Leidenschaft“ fast alle gegenwärtigen Probleme mit der nötigen Romantik. Natürlich nur soweit sie Bühnenswert sind und eine Behandlung durch leichte, dezente Hand ertragen. Obenan steht der Tanz, und es wird ganz ausgezeichnet getanzt, sowohl von dem Solopaar Fello und Longfeld, wie von den Magazin-Girls, die wirklich etwas können, und außerdem sehr hübsch aussehen. Die beste ist freilich Yvonne Moléne, eine mondäne Erscheinung, die zugleich in den beiden Hauptnummern des Programms „Saisisch“ und „Delirium“ raffinierteste Darstellungskunst zeigt. Nicht so schnell verzieht man aber auch, was Janny Byrel und Hans Nielsen vorführen. Daneben verfügt das Ensemble in Alf Bern, dem Groteskkomiker, in Stefan Kapsch, einem beachtlichen Sänger, und in Harry Forrester-Neumeier, dem Conférencier des Abends, über einige gute männliche Kräfte. Es ist für köstliche Unterhaltung demnach in jeder Beziehung gesorgt. Man hört auch vom Orchester, das der Komponist der Revue, Theo A. Römer, selbst dirigiert, zuweilen sehr anmutige Weisen und originelle Schlager. Das Auge findet seine Befriedigung an aparten Kostümen und farbigen Dekorationen, und schließlich kann man sogar im verbindenden Text, der von Em Taufsig stammt, da und dort nette Pointen entdecken. Ihrem ganzen Niveau nach, das offene und frivole Spiel mit dem Leben, was bisher an feinerer Kabarettkunst hier geboten wurde. Schon ihre ungewöhnlich kostspielige aufwändige Aufmachung rechtfertigt zumindest und erfordert solch gebührende Hervorhebung. S. Sch.

Karlsruher Schwurgericht. Im Prozeß Haag verneinte der ärztliche Sachverständige die Anwendung des § 51. Staatsanwalt Ulrich beantragte gegen den Vatermörder 12 Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von 11 Jahren, 3 Monaten, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft und 5 Jahre Ehrverlust. — In der letzten Verhandlung am heutigen Mittwoch hatte sich das 21jährige Dienstmädchen Elsa Schud aus Pforzheim wegen Meineids zu verantworten. Ihr wurde zur Last gelegt, in einem beim Amtsgericht Redarsulm anhängigen Unterhaltungsprozeß der Wahrheit zuwider Beschworen zu haben, daß sie nur mit einem bestimmten Beklagten intimen Verkehr gehabt habe. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die geständige Angeklagte 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf ein Jahr Zuchthaus, abzüglich einen Monat und drei Wochen Untersuchungshaft, sowie drei Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit.

Ein Presseprosch. Von Verlag und Redaktion des „Volkstreu“ wurde gegen die in Karlsruhe erscheinende, der Stahlhelmorganisation nahestehende „Badische Zeitung“ Klage erhoben und Strafentwurf gestellt wegen der Behauptung, der „Volkstreu“ werde von einem Herrn Jakob Goldschmidt in Berlin finanziert.

Wetternachrichten dienst der Badischen Landeswetterwarte. Karlsruhe. Das gestern über der Nordsee lagernde Tiefdruckgebiet hat sich durch Zufluß von Kaltluft aus Norden aufgelöst. Es besteht jetzt von Schweden bis Mitteldeutschland ein nach Süden gerichtetes Druckgefälle, so daß hier Nordostwinde eingetreten sind, die Kaltluft heranzuführen. Auch Südwestdeutschland wird bald in den Bereich der Nordostströmung kommen. Eine neue tiefe Zykone westlich Irlands gewinnt vorderhand noch keinen Einfluß auf unsere Wetterlage. Wetterausichten für Donnerstag, 19. Januar: Kälter, Schwarzwald überall Frost und einzelne leichte Schneefälle, später aufheiternd, nordöstliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Mannheim, 17. Jan. Gestern starb im Alter von 72 Jahren ein Führer der Mannheimer Industrie, Direktor Deans Danziger. Der Verstorbene war der Gründer und Mitinhaber der Firma Heinrich Stodheim, die im Jahre 1904 in die Unionwerke A.-G. umgewandelt wurde, in deren Vorstand Danziger eintrat. Im Jahre 1924 kam die Fusion mit den Enginger Werken, wobei Danziger in den Aufsichtsrat gewählt wurde, aber Vorstandsdelegierter blieb. Politisch schloß sich Danziger der Demokratischen Partei an, die ihn vor dem Krieg als Landtagskandidaten aufstellte. Ferner gehörte er dem Direktorium des Verbandes süddeutscher Industrieller an. Dieser Verband verliert mit Danziger einen seiner Mitbegründer und sein Ehrenmitglied. Jahreslang war Danziger auch im Vorstand des Metallindustriellenverbandes. Stets war sein Wirken auf einen Ausgleich der Gegensätze gerichtet.

bid. Ettlingen, 16. Jan. Die Arbeitszeit soll bei der Badischen Baumwollspinnerei und Weberei Neudorf und Frauenalb von 48 auf 40 Stunden pro Woche reduziert werden.

bid. Baden-Baden, 18. Jan. Gestern abend wurde auf der Straße Baden-Baden-Wülshöhe der 30jährige Forstbeamte Max Falk neben seinem Motorrad schwer verletzt aufgefunden und starb während seiner Verbringung zum Krankenhaus. Wie der Mann zu Tode gekommen ist, ob durch eigenen Unfall oder durch Zusammenstoß, ist noch nicht geklärt.

bid. Rastatt, 17. Jan. Die Stadtverwaltung läßt gegenwärtig die Ludwigstraße niederlegen. Zur Erleichterung der Abfuhrarbeiten wurde gestern nachmittag mit Sprengungen begonnen, die ohne Unfall verliefen. Die Sprengungen sollen in Rastatt von 5-6 Tagen wiederholt werden.

bid. Wintersdorf (Amt Rastatt), 17. Jan. Im 87. Lebensjahre ist Altbürgermeister Franz Haber Kanzler gestorben, der 21 Jahre lang ununterbrochen das Amt des Bürgermeisters in unserer Gemeinde versah und auch mehrere Jahre Mitglied des Bezirksrates war.

bid. Bühl, 17. Jan. Der Bund ehemaliger 143er wird, wie schon früher berichtet, das Ehrenmal für die Gefallenen seines Regiments, dessen Garnison früher Strazburg und Mühlbach waren, auf den Höhenzügen des Schwarzwaldes bei der Burg Windeck bei Bühl errichten. Von den eingereichten Entwürfen hat sich der Bund für den Entwurf der Architekten Hub und Pukler, Göttingen, entschieden. Das Denkmal wird in Kreuzform erstellt werden. Es hat eine Gesamthöhe von 11 Meter und einen Durchmesser von 4,60 Meter, so daß es infolge seiner guten Platzierung auf einer vorgelagerten Höhe bei Bühl bis weit in die Rheinebene sichtbar sein wird. Die Enthüllung soll noch im Laufe dieses Jahres, und zwar mit Rücksicht auf die große Teilnehmerzahl aus Mittel- und Norddeutschland, in den Ferienmonaten August oder September stattfinden.

bid. Böhrenbach, 17. Jan. Am Sonntag fand zu Ehren des 75jährigen Bestehens der Firma Helme & Sohn, hier, ein durch die Stadt veranstaltetes Bankett statt, das einen harmonischen Verlauf nahm. Vorstand Wöhre dankte der Firma für ihr der Arbeiterschaft bezogenes Wohlwollen, das er in einer Spende von 5000 M für die Armen der Gemeinde zum Ausdruck kam, und übermittelte die Glückwünsche der badischen Regierung. Aus kleinen Anfängen hatte sich die Firma zu einem großen Industrieunternehmen des Schwarzwaldes emporgearbeitet.

bid. Konstanz, 17. Jan. In diesem Jahre kann die Stephanskirche ihr 500jähriges Jubiläum begehen, d. h. es sind 500 Jahre vergangen, seit die Kirche in ihrer jetzigen Gestalt errichtet wurde. Der Kirchturm wurde erst im Jahre 1485/86 vollendet. Von dem älteren Bau der St. Stephanskirche, der zum zweiten Male im Anfang des 11. Jahrhunderts, vielleicht auch schon im 10. Jahrhundert aufgeführt wurde und nach alten Aufzeichnungen für die damalige Zeit bedeutend gewesen sein muß, haben sich keine Spuren mehr erhalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 18. Jan. | | 17. Jan. | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 169.14 | 169.48 | 169.13 | 169.44 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.33 | 112.55 | 112.31 | 112.53 |
| Italien . . . 100 L. | 22.185 | 22.225 | 22.185 | 22.252 |
| London . . . 1 Pf. | 20.445 | 20.435 | 20.443 | 20.483 |
| Newyork . . . 1 D. | 4.1930 | 4.2010 | 4.1940 | 4.2020 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.485 | 16.525 | 16.485 | 16.525 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.775 | 80.935 | 80.80 | 80.95 |
| Wien 100 Schilling | 59.03 | 59.20 | 59.03 | 59.21 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.428 | 12.448 | 12.43 | 12.45 |

Sunkst A. G. Mannheim. Auf Antrag der Verwaltung hat die Generalversammlung beschlossen, auch dieses Jahr keine Dividende zu verteilen, sondern den Reingewinn von über 1 Million Reichsmark vorzutragen.

Der Verein „Karlsruher Börse“ (e. V.) hielt am 11. Jan. 1928 seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Georg Anz, führte aus, daß das verfloßene Jahr für alle Angehörigen der an der Börse vertretenen Geschäftszweige nicht leicht gewesen sei. In den ersten Monaten litten die Börsenströme unter der Fülle der Geschäftsaufträge und Zahlungsschwierigkeiten. In der zweiten Hälfte und insbesondere gegen Schluß des Jahres erschwerten die gewaltigen Preisrückgänge am Getreide- und Mehlmarkt das Geschäft und gestalteten den einen oder anderen Betrieb verlustbringend. Sodann gedachte Direktor Anz zweier dahingehender höherer badischer Beamten, die sich um die Entwicklung der Börse sehr verdient gemacht haben, nämlich des Landeskommissärs Geheimrat Gräfer, der am 19. November 1927 starb, und des Oberregierungsrats Carl Stieberger, der am 9. Januar d. J. verschied. Im Anschluß daran erfolgte die Neuwahl für sechs ausgeschiedene Vorstandsmitglieder.

Von der diesjährigen Tabakernte. Im Badischen Oberland und in der Pfalz hat eine Tabakgesellschaft ca. 15 000 Zentner Tabak letzter Ernte zu 58-63 M. gekauft. Nach Schätzungen des Handels liegen noch ca. 15-20 000 Zentner un verkauft bei den Pflanzern. Die Verweigungen gehen flott konstant, so daß in etwa 14 Tagen die Hauptmenge der 1927er Ernte in den Vergärungslagern sein dürfte.

Staatsanzeiger

Maut- und Kleinfeste

Nach Meldungen der Bezirksleiter waren am 15. Jan. 1928 verheuert:

Amisbezirke: Bruchsal; Gemeinden: Bruchsal, Rheinsheim. Karlsruhe: Weingarten. Mannheim: Sodenheim. Pforzheim: Pforzheim, Wiesern. Waldshut: Griesen. Weinheim: Weinheim. Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Verwaltungssinspektor Wilhelm Speck beim Bezirksamt Ettlingen zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Versicherungsamts Freiburg unter Versetzung zum Bezirksamt Freiburg.

Zurückgesetzt auf Ansuchen: Gendarmeriewachmeister Jakob Hähle in Radolfzell.

Ministerium der Finanzen

Berufen: Kasseassistentin Thessa Dellensbroich beim Finanzministerium zur Landeshauptkasse.

Ausstellung Farbe im Stadtbild

in der Bad. Landesgewerbehalle
Karl-Friedrich-Straße 17
vom 2. bis 22. Januar 1928

Besuchszeit: Wochentags von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr
Sonntags von 11 bis 13 Uhr und von 15 bis 17 Uhr

Am 19. Januar 1928, abends 8 Uhr, im kleinen Konzerthausaal Karlsruhe
LICHTBILDERVORTRAG
des Dr. Meier-Oberist, Hamburg, Geschäftsführer des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild über das Ausstellungsthema.

Eintritt frei

H. 75

Rechtsanwalt!

Günstiger Niederlassungsort, mit großem Hinterland, kein Anwalt am Platze. Beschlagnahmefreie Wohnung, parterre, sof. bezugsbar, vorhanden, evtl. Kauf der ganzen Villa mit 10 Zimmern, Luftheizung usw. und schönem Garten.

Beschleunigte Anfragen direkt an den Besitzer
J. L. Wittlich, Rheinfelden (Bd.), Am Oberheimplatz.

Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Reichental verpachtet im Wege öffentlicher Versteigerung am **Dienstag, den 31. Januar d. J., nachmittags um 1 Uhr**, auf dem Rathaus in Reichental das Jagdrecht auf ihrer Gemarkung auf weitere 6 Jahre.

Die Jagd umfasst 1091 ha Wald und 246 ha Ackerland und Wiesen.

Dazu werden Liebhaber mit dem Anfügen geladen, daß als Mieter nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder durch ein schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen.

Reichental, den 14. Januar 1928.

Der Gemeinderat:

R. I. u. m. p. p. Sieb, Ratfchr.

NR. 330. Reichthalhofheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Jacob Meier in Reichthalhof wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Reichthalhofheim, 31. Dezember 1927.
Badisches Amtsgericht.

Freihändler Nadelholzverkauf.

Forstamt Bommendorf, Donnerstag, den 26. Januar 1928, vormittags 10^{1/2} Uhr, etwa 3280 fm. Losverzeichnisse durch das Forstamt. 333

Enchholz- und Stangenversteigerung.

Das Forstamt Herrenwies in Forbach versteigert am Mittwoch, den 25. Januar 1928, nachmittags 1/3 Uhr, im Hotel Friedrichshof in Forbach: 100 Ster Enchholzer und -Bügel; 700 Ster Nadelholzer und -Bügel; 100 Ster Papierholz; 3850 Stück Bauflanken; 3030 Stück Hopfenstangen und 700 Stück Klebstöcke. Das Holz geht vor: Förster Dinger und Merkel in Herrenwies, Bauflanken und Herzog in Hundsbach und Forstwart Wittmann in Erbersbrunn. Losverzeichnisse durch das Forstamt. 343

Freihändler Forstlangholzverkauf

Badisches Forstamt Stodach am Donnerstag, den 26. Januar d. J., rund 540 fm Forstlangholzer und -Bügel (meist I. und II. Kl.), etwas Lärchen. Losver-

zeichnisse durch das Forstamt. Angebote bis abends 6 Uhr an das Forstamt.

Schotterlieferung.

Das Wasser- u. Straßenbauamt Pforzheim vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung von 5300 cbm Schotter und 1400 cbm Grus aus Hartgestein. Davon sind 500 cbm Grus bis zum 1. April 1928 zu liefern. Die Bedingungen liegen auf unferm Geschäftszimmer Pforzheim, Schulbergstraße 2, zur Einsicht auf, wo auch Angebotsdrucke zum Preise von 25 M erhältlich sind. M. 345
Eröffnungstermin: Dienstag, den 24. Januar 1928, vormittags 1/11 Uhr, auf unferm Geschäftszimmer. Zuschlagsfrist: 3 Wochen. Pforzheim, 16. Jan. 1928.
Badisches Wasser- und Straßenbauamt.

Karlsruhe. M. 339

Güterrechtsregister-Einträge.
1. Zu Band I, Seite 22: Peters, Georg, Kaufmann, Karlsruhe, u. Caroline, geb. Saar, Vertrag vom 25. Nov. 1927. Errungenschaftsge-

meinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 11. 1. 1928. 2. Seite 23: Roth, Karl Ludwig, Drogist, Karlsruhe, und Martha, geb. Volt, Vertrag vom 5. Januar 1928. Gütertrennung. 1. 11. 1928. 3. Seite 24: Amel, Friedrich, Elektromonteur, Knielingen, und Frieda, geb. Wollenrad, Vertrag vom 12. Dez. 1927. Gütertrennung. 14. 1. 1928. 4. Seite 25: Höfer, Richard, Chauffeur, Karlsruhe, und Frieda, geb. Frank, Vertrag vom 9. Januar 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 14. 1. 1928. 5. Seite 26: Wankmüller, Adolf, Kaufmann, Karlsruhe, u. Helene, geb. Zänf, Vertrag v. 10. Januar 1928. Gütertrennung. 14. 1. 1928. Badisches Amtsgericht B. II.

Schopfheim. M. 347

Güterrechtsregister - Eintrag Band I, Seite 336: Reinhold, Oskar Alfred, Bäckermeister in Schopfheim, und Luise, geb. Genshirt, Vertrag vom 7. Januar 1928. Gütertrennung. Schopfheim, 16. Jan. 1928. Badisches Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 19. Jan. 1928

*D 16 (Donnerstagmiete)

Th.-Gem. 501-600

Die Journalisten

von Freytag

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Berg Ida Adelheid Soden Prof. Oldendorf Conrad Holz Bellmaus Kämpe Körner Buchdrucker-Jenning Brüder Müller Blumenberg Schmoß Piepenbrink Lotte Kleinmichel Friß Schulze Quaiser Biller Dahlen Hiell Knebel Müller Reitzger Graf Buchdrucker-Jenning Brüder Müller Blumenberg Schmoß Piepenbrink Lotte Kleinmichel Friß

Justizrat Schwarz

b. d. Trend

Ermarth

Korb Gödel

Karl Kühne

Rehner Steinath

Wast Wehner

Anfang 1917, Ende nach 22

I. Rang und I. Sperrfrist

5 2/3

Fr. 20. Jan.:

Die Nacht des Schicksals

So. 21. Jan. Zumerstenmal

Aktion oder: Die gelbe Nase

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Bis 1. März täglich

Die große REVUE
Das lebende Magazin